

Torsten Schneider (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Stichwort Polemik: Es gibt einfach Bälle, die liegen auf Elfmeterpunkten, so wie die vom Kollegen Esser. Die rollen fast von alleine ins Tor. Herr Kollege Esser hat gerade die Oppositionsführerin und die „Stuttgarter Zeitung“ zitiert. Die selbsternannte Oppositionsführerin dieses Hohen Hauses hat hier vor einer Woche erklärt, politische Biografien würden vom Ende her bewertet. Unabhängig von der erheiternden Frage, wessen Worte da gesprochen wurden, ist das natürlich ein semantischer Trick und Anmaßung zugleich. Wer bewertet, erhebt sich, und die Frage „vom Ende her“ könnte noch ein Bumerang werden, liebe Frau Kollegin Pop.

[Uwe Doering (LINKE): Geht es irgendwie um Haushalt?]

Es gibt jedenfalls nach den Worten des Kollegen Lederer und dem der Piraten Klärungsbedarf, was die Oppositionsführerschaft anbelangt.

Der Jahresabschluss 2012 gibt Gelegenheit, Zwischenbilanz zu ziehen. Die Kernindikatoren geben Anlass zu vorsichtigem Optimismus.

[Joachim Esser (GRÜNE): Stimmt!]

Eine Arbeitslosenquote von 12,2 Prozent ist uns viel zu hoch, aber es ist die geringste der letzten zehn Jahre. Und 10 000 Arbeitsuchende weniger im SGB-II-Bereich tragen dazu bei, dass wir 94 Millionen Euro weniger Rückstellungen in diesem Bereich brauchen. Gewerbeneueinrichtungen: 45 000, das ist die höchste Quote in den letzten zehn Jahren. Bevölkerungszahlsteigerung: 100 000 in den letzten zehn Jahren; die Prognose ist Ihnen allen bekannt: Berlin wird um eine weitere Großstadt wachsen. Gerade dieser tatsächliche und dieser prognostizierte Zuzug nach Berlin zeigen, Berlin ist die attraktive und lebenswerte Metropole. Das Jahr 2012 wurde mit einem Überschuss von 671 Millionen Euro abgeschlossen, es wurden 315 Millionen Euro Schulden getilgt. Nach 2008 tilgen wir zum zweiten Mal Schulden, allerdings zum ersten Mal ohne massive Vermögensaktivierungen. Das ist Verdienst von Finanzsenator Nußbaum und seinem Team.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Das ist Verdienst der Fach- und Finanzpolitiker der rot-schwarzen Koalition, die in den Haushaltsberatungen Maß gehalten haben, um die richtigen Weichen zu stellen. Das ist aber auch Verdienst der Linksfraktion, die in den zurückliegenden Jahren den schweren Konsolidierungskurs mitgetragen hat, allerdings auch einen zwei-prozentigen Personalabbau in den Bezirken. Das haben wir jetzt angehalten und verbessert.

[Zurufe von der LINKEN]

Aber vor allem ist das einer strategischen Entscheidung zu verdanken, einer strategischen Entscheidung, zu der man Mut und Kraft braucht,

[Zuruf von Thomas Birk (GRÜNE)]

der Entscheidung, der Subventionsmentalität in Berlin zu begegnen.

[Thomas Birk (GRÜNE): Unglaublich!]

Vizepräsident Andreas Gram:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Dr. Hiller?

Torsten Schneider (SPD):

Also, Frau Dr. Hiller kommt gleich zu Wort. Ich will den Gedanken erst zu Ende führen.

[Udo Wolf (LINKE): Welchen Gedanken?]

Es ist der strategischen Führungsentscheidung des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit zu verdanken, die Ausgaben des Landes in den Griff zu bekommen.

[Zuruf von Udo Wolf (LINKE)]

Es ist zudem Regierungsleistung von Klaus Wowereit, diese Entscheidung über Jahre hinweg durchzuhalten.

[Zurufe von der LINKEN]

Es gehört eben zur Wahrheit,

[Martin Delius (PIRATEN): Den Flughafen zu subventionieren]

– das gefällt Ihnen nicht, ich weiß! –, in Berlin stiegen die Ausgaben in den letzten zehn Jahren um weniger als 2,5 Prozent, in Hessen um 29 Prozent, in Bayern um 25 Prozent. Da waren Sie noch dabei, jetzt sind Sie woanders. – Jetzt kann Frau Dr. Hiller gern fragen.

Vizepräsident Andreas Gram:

Frau Dr. Hiller – bitte!

Dr. Gabriele Hiller (LINKE):

Vielen Dank, dass ich Sie fragen darf! Ich möchte Sie korrigieren. In Treptow-Köpenick, in Marzahn und Lichtenberg findet gegenwärtig ein Personalabbau von 10 Prozent statt.

Vizepräsident Andreas Gram:

Frau Kollegin! Sie müssen eine Frage stellen!

Dr. Gabriele Hiller (LINKE):

Das übersteigt bei Weitem die von Ihnen genannte Marge von 2 Prozent. Haben Sie das nicht bemerkt, oder sehen Sie das als großen Fortschritt?

Torsten Schneider (SPD):

Frau Kollegin Hiller! Ich habe bereits ausgeführt: Der Personalabbau in den Bezirken unterlag einer Fluktuationsquote von 2 Prozent. Das war in der gemeinsamen Regierungsverantwortung mit Ihnen so. Jetzt sind es nur noch 1,3 Prozent. Da ist Licht am Tunnel. Das ist entschieden. Hätten wir so weitergemacht wie Sie, dann hätten wir doppelt so viel abbauen müssen. Das wollten wir nicht.

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Sie haben das blockiert, Mädels!]

– Herr Kollege Lederer! Wir haben ja schon das eine oder andere Hühnchen miteinander gerupft. Aber an meinem Geschlecht sollten Sie dann doch nicht rumdeuteln. Ich glaube, das geht ein bisschen zu weit.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Zuruf von Dr. Klaus Lederer (LINKE)]

Es gibt eine weitere – – Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen, Herr Dr. Lederer?

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Ja!]

– Bitte sehr!

Vizepräsident Andreas Gram:

Bitte schön!

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Sehr geehrter Herr Schneider! Woher nehmen Sie die Erkenntnis, dass es seinerzeit die Linksfraktion war, die so scharf darauf war, in den Bezirken so viel Personal abzubauen, während ich mich doch daran erinnere, dass ich seinerzeit mit Herrn Müller in Koalitionsrunden saß, wo sich die SPD, insbesondere Herr Zackenfels, keinen Millimeter bewegt hat, als wir die Bezirke stärker entlasten wollten als es der Finanzsenator und die SPD-Fraktion wollten? Bleiben Sie doch einfach bei der Wahrheit. Ist es nicht okay, wenn ich das verlange?

Torsten Schneider (SPD):

Ich komme auf Ihre Wahrheitsdefinition gleich noch mit Blick auf die Wasserpreise zu sprechen. Ich habe einfach den Koalitionsvertrag gelesen, den rot-roten.

[Thomas Birk (GRÜNE): Wer hat das denn hineingeschrieben?]

Wenn Sie da auch noch einmal nachlesen, lernen Sie etwas von Wahrheit und Lügendefinition. Ich glaube, da brauche ich mich von Ihnen nicht belehren zu lassen.

Meine Damen und Herren! Es ist ein weiteres Qualitätsmerkmal eines Regierungschefs, diese strategische Entscheidung, die zehn Jahre lang getragen wurde, und die Sie jetzt in Abrede stellen, zu hinterfragen und zu verändern. Es ist nämlich eine erneute Führungsentscheidung,

am Konsolidierungskurs festzuhalten, ihn aber insoweit zu verändern, als die Einnahmeseite in den Fokus gerückt wird. Wir haben – das ist nicht selbstverständlich – die Einnahmeseite durch Steuerverstärkung erhöht, indem wir die Grunderwerbsteuer, nämlich jene Steuer um 50 Millionen Euro erhöht haben, die nicht auf die Mieten durchschlägt – im Gegensatz zur Grundsteuer. Wir haben vor, die City-Tax rechtssicher einzuführen. Das steht unmittelbar vor dem Abschluss. Und wir investieren – anders als hier immer beweihräuchert wird – über 3 Milliarden Euro, klare Verabredung für den Haushalt: investiv geht von konsumtiv.

[Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

Auch dazu gehört Kraft, Kraft, die wir haben. – Zu Ihrer Vision, Kollege Esser, komme ich gleich noch. – Der Ausschöpfungsgrad von Bauinvestitionen beträgt derzeit 71 Prozent. Das ist nicht zufriedenstellend, aber eine deutliche Verbesserung gegenüber den vergangenen Jahren. Es zeigt sich, Kollege Esser, entgegen Ihren Krokodilstränen: Es war eine richtige Entscheidung der Koalition, diese Nichtausschöpfung investiver Mittel in Investitionen bei Schulen und Bädern umzuleiten. Das haben wir verdoppelt. Da brauchen wir uns nicht belehren zu lassen und schon gar nicht von den Grünen.

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Joachim Esser (GRÜNE): Man muss es auch umsetzen!]

Insgesamt, Kollege Esser, ist hier eine Verbesserung gegenüber dem Haushaltsplan von über 1,3 Milliarden Euro zu gegenwärtigen. Das ist ein Erfolg. Ich als finanzpolitischer Sprecher – auch wenn das nicht jeden Tag vorkommt – muss mich auch bei unserer Fraktion bedanken, dass sie hier so diszipliniert, so konstruktiv mitgewirkt hat. Die Alternative sehen wir jeden Tag auf Ihren Bänken. Das ist nur destruktiv.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU]

Der Beitritt zur Tarifgemeinschaft der Länder führt zu einem sukzessiven Abbau eines Tarifrückstandes von 7 bis 8 Prozent. Das ist nichts Selbstverständliches. Das wird uns Kraft kosten, das wird uns hohe Millionenbeträge kosten und ist trotzdem verabredet. Auch mit Blick auf die Beamten und Beamtinnen ist in der Koalition verabredet, dass Handlungsbedarf besteht. Allerdings gilt die Linie: Wir beraten große Blöcke in den Haushaltsberatungen, wenn sie nicht unabweisbar dringlich sind. Nur so können wir das schwierige Terrain ausbalancieren.

[Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

Jetzt will ich zur skizzierten Alternative der Opposition mein Erstaunen zum Ausdruck bringen. Kollege Esser hat in der Presse veröffentlicht, die Tilgung von über 300 Millionen Euro sei unter der Wahrnehmungsschwelle, und deshalb sei sie zu unterlassen. Er habe viel mehr Ausgabefantasien. – Da konnte ich überhaupt keine Unterscheidung mehr zur Linkspartei erkennen. Das war auch einmal anders. Aber so ist das eben, wenn die Ge-

(Torsten Schneider)

schichte geschrieben wird. Das ist mit uns, Herr Kollege Esser, nicht zu machen, denn wir wissen, was für Probleme in Zukunft auf uns zukommen. Das müssen wir jetzt beantworten und denen nicht hinterher rennen.

Die Linke hat heute ein Stakkato ihres Landesvorsitzenden in einer unglaublichen semantischen Verquerung hinsichtlich der Wasserpreise abgelassen. Es sei eine Lüge. Die Preise seien nicht gesenkt. Da fragen wir doch einmal die Bürgerinnen und Bürger.

[Uwe Doering (LINKE): Gerne!]

Für die Bürgerinnen und Bürger ist maßgebend, was im Portemonnaie ankommt.

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Haben Sie die Preise gesenkt oder nicht?]

Die interessiert doch nicht, welche Zettel Sie hinter dem Pult schwingen, Herr Lederer, sondern dass es eine tatsächliche Entlastung gibt.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsident Andreas Gram:

Der Kollege Dr. Lederer hat eine Zwischenfrage. Gestatten Sie die?

Torsten Schneider (SPD):

Ich gestatte auch zehn Zwischenfragen vom Kollegen Lederer.

Vizepräsident Andreas Gram:

Oh, das ist gut. – Herr Dr. Lederer, Sie haben jetzt noch acht gut!

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Lieber Kollege Schneider! Wie kommt es denn, dass die Ihrem Senat angehörende Frau Yzer heute eine Mitteilung – zur Kenntnisnahme – in unsere Fächer gepackt hat, in der steht, dass der Aufsichtsrat die Tarife von 2011 bis zum Jahr 2014 gebilligt hat und nach diesen Preisen jetzt auch das Geld eingesammelt wird? Das ist schlicht ein Widerspruch zu dem, was Sie hier seit Wochen behaupten und feiern. Es ist schlicht gelogen. Insofern bleibe ich dabei. Interessieren Sie die Vorlagen Ihres eigenen Senats eigentlich noch?

Torsten Schneider (SPD):

Ich hatte bereits angedeutet – ich wollte eigentlich gar nicht so scharf formulieren –, aber vielleicht fragen Sie die Bürger, ob die sich für irgendwelche Vorlagen in Ihren Fächern interessieren

[Zuruf von Udo Wolf (LINKE)]

oder für Ihre Zettel, mit denen Sie hier wedeln, es geht um Preissenkung. Sie wissen doch ganz genau: Juristisch haben wir eine sofort vollziehbare Auflage. Gegen die klagen wir. Das ist doch die Wahrheit, die Sie mit uns diskutieren. Selbstverständlich können wir die Klage nicht unter Druck bringen. Fakt ist: Die Preise sinken. Aus welchem Rechtsgrund, das interessiert den Bürger nun wirklich nicht.

[Udo Wolf (LINKE): Und Sie interessieren nicht die Informationen Ihrer eigenen Senatorin!]

Vizepräsident Andreas Gram:

Herr Kollege Schneider! Gilt das Kontingent auch für den Kollegen Dr. Albers, wenn er eine Zwischenfrage hat?

Torsten Schneider (SPD):

Na klar!

Vizepräsident Andreas Gram:

Bitte sehr!

Dr. Wolfgang Albers (LINKE):

Warum machen Sie dann keine Preissenkung, muss man sich fragen, und warum steht dezidiert in der Mitteilung – zur Kenntnisnahme –, dass es keine Preissenkung geben wird, sondern dass man auf dem Niveau der Preise von 2011 auch weiter die Wassergebühren erheben wird? Dann sagen Sie es doch einfach so. Wenn es keinen großen Unterschied macht, können Sie auch senken.

[Jörg Stroedter (SPD): Hat er doch eben erklärt!]

Torsten Schneider (SPD):

Herr Dr. Albers! Ich verstehe Ihre Dialektik nicht.

[Martina Michels (LINKE): Ja eben!]

Das hat Ihnen der Fraktionsvorsitzende eben doch schon gesagt. Als Sie Verantwortung für die Wasserpreise hatten, da ging es nur nach oben. Jetzt geht es um 60 Millionen Euro nach unten.

[Martina Michels (LINKE): Wo denn?]

Wo ist da jetzt Ihr Problem? Ich verstehe das nicht.

[Zurufe von der LINKEN]

Wir senken durch Preisnachlass die Wasserpreise um 58,6 Millionen Euro. Das wissen die Bürger, und das wird auch im Portemonnaie ankommen. Sie werden dann in ihren Flyern erklären, warum das, was in ihrem Portemonnaie ankommt, dann doch nicht ankommt.

Vizepräsident Andreas Gram:

Jetzt hat noch die Kollegin Matuschek eine Zwischenfrage.

Torsten Schneider (SPD):

Frau Matuschek noch , aber dann – –

Vizepräsident Andreas Gram:

Dann ist das Kontingent erschöpft.

Torsten Schneider (SPD):

Ja.

Vizepräsident Andreas Gram:

Bitte sehr!

Jutta Matuschek (LINKE):

Vielen Dank! – Herr Schneider! Sie sind ja Finanzexperte. Können Sie mir einfach klipp und klar sagen, welchen Wasserpreis ich denn im Jahr 2011 bezahlt habe pro Kubikmeter und welchen Wasserpreis ich in diesem Jahr bezahlen muss? Also in Zahlen, bitte! Als Finanzer könne Sie ja mit Zahlen umgehen.

Torsten Schneider (SPD):

Frau Kollegin Matuschek! Ich kenne natürlich Ihre privaten Verhältnisse nicht. Ich weiß nicht, was für Kubikmeterpreise Sie bei sich aufrufen. Ich kann Ihnen nur sagen, der Finanzpolitiker Schneider weiß, dass wir um 60 Millionen Preise nachlassen, und der Rest ist einfach linke Dialektik.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Ich will aber zu Ende kommen. – Die Linken haben natürlich ein zentrales Problem. Sie werden einfach in dieser Stadt nicht gebraucht. Ich habe Ihnen das ja schon öfter gesagt. Die Themen Rekommunalisierung, Stadtwerke, Mindestlohn, gleicher Lohn für Ost und West, für Frau und Mann, das Thema Miete, das Thema soziale Gerechtigkeit – das besetzen Sie schon lange nicht mehr. Sie sind Staffage, und das ärgert Sie natürlich; deswegen dieses Gezeter.

Die Grünen haben auch ein Problem. Zerrissen in ihrer Rolle zwischen FDP-Ersatz für Yuppies und linksverklärten Spießern haben sie ein massives Führungsproblem. Das ist natürlich traurig.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Deshalb gilt das, was die Spatzen vom Dach pfeifen jenseits Ihrer Polemik: Rot-Schwarz unter Führung der Senatsspitzen Wowereit und Henkel, getragen von den

Koalitionsfraktionen unter Führung von Saleh und Graf, ist derzeit in dieser Stadt alternativlos. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Lachen bei der LINKEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Herr Kollege Schneider! – Herr Esser erhält das Wort für eine Kurzintervention. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Joachim Esser (GRÜNE):

Danke schön, Herr Präsident! – Herr Schneider! Ich habe eine Frage. Vorher sage ich Ihnen nur mal, also uns geht's ganz gut. Wenn Sie sich angucken, wie sich der Absturz Ihres Regierenden Bürgermeisters im Ansehen der Berliner Bevölkerung beschleunigt, würden Sie vielleicht ein bisschen anders reden.

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Die Ergebnisse von der letzten Woche liegen ja jetzt vor. Gucken Sie sich die an! Dann wird Ihnen das Lachen vergehen.

Aber der Punkt, zu dem ich frage: Herr Schneider! Ich kann mich insbesondere an Sie noch gut erinnern, als die Schuldenbremse in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland eingeführt wurde. Da waren Sie hier im Aufstand. Da haben Sie den Untergang des Abendlandes beschworen, wenn es nicht möglich ist, sich weiter zu verschulden. Ein solches Schuldenverbot würde den Staat knebeln, die Wirtschaft erdrosseln, nichts geht mehr. Und das macht mich doch misstrauisch, wenn Sie – deswegen erkenne ich auch die politische Absicht, die dahinter steht – versuchen, gegen jede Forderung an den Haushalt, die Ihnen nicht passt, das Tilgungsargument zu bringen und hintenrum, bei jeder Ausgabe, die Ihnen passt, natürlich rechnerisch die Tilgung auch zu mindern. Diese Nummer wollen wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Deswegen stelle ich Ihnen mal die Frage: Die Schuldenbremse verlangt ein Schuldenverbot in einem konjunkturellen Normaljahr, keine Tilgungsüberschüsse in Milliardenhöhe. Ich stelle Ihnen mal die Frage: Wann werden Sie denn diese Schuldenbremse in die Berliner Verfassung schreiben? Darauf hätte ich hier jetzt gern eine Antwort.

Und die zweite Frage, die ich habe, weil Sie sich da vorhin nicht festgelegt haben: Möchten Sie sich hier nicht darauf festlegen, dass die Beamten im öffentlichen Dienst, die Beschäftigten bei den Zuwendungsempfängern ein Recht auf Gleichbehandlung haben mit den Beschäftigten, die bei uns angestellt sind und vom Tarifvertrag inzwischen einen Angleichungspfad von 8 Prozent haben? – Sie haben vorhin gesagt, das machen wir nach Kassenlage immer bei jeder Haushaltsberatung. Ich würde von Ihnen gern wissen wollen: Legen Sie sich jetzt

(Joachim Esser)

hier fest auf eine Gleichbehandlung der Beamten, ja oder nein?

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön! – Herr Kollege Schneider! Wollen Sie replizieren? Bitte sehr!

Torsten Schneider (SPD):

Herr Kollege Esser! Zwei Dinge, auch kurz: Selbstverständlich lege ich mich hier nicht auf haushaltsrelevante Dinge fest. Das besprechen wir mit unserer Fraktion und dann mit dem Koalitionspartner. Das ist parlamentarischer Brauch, dass hier nicht ein Vorsänger kommt und sagt, wo es langgeht. Das gilt umso mehr für Änderungen der Verfassung. Das diskutieren wir gern in Gemeinsamkeit, aber nicht, Herr Schneider macht's und sonst was für Zeug.

Aber zu Ihrem Umfragesingsang: Ich verstehe diesen zweiten Elfmeter gar nicht. Gerade die Grünen haben doch mit Umfragen und mit totalen Bruchlandungen große Erfahrung gesammelt, von 30 auf 17 Prozent in den letzten Wahlen, wo Sie sich dem Bürger gestellt haben. Ich bin sehr zuversichtlich, im Gegensatz zu Frau Künast werden sich die Umfragen des Regierenden Bürgermeisters erholen, und dann werden wir am Ende miteinander abrechnen, wenn die Bürger gerufen sind.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke sehr! – Jetzt hat Kollege Doering für eine weitere Kurzintervention das Wort. – Bitte sehr!

[Michael Schäfer (GRÜNE): Tosender Applaus ist auch was anderes!]

Uwe Doering (LINKE):

Herr Schneider! Ich habe auf der Internetseite der Wasserbetriebe die aktuellen Wassertarife herausgesucht. Die haben dankenswerterweise auch eine Tabelle, wie sich die Wasserpreise seit dem Jahr 2006 entwickelt haben. Erstens mal zu der Behauptung, unter Wolf wären die Preise ständig gestiegen: Dann werden Sie feststellen, dass der Wasserpreis zum 1. Januar 2008 2,071 Euro pro 1 000 Liter betrug, im Jahr 2009 2,038 Euro. Seit dem 1. April 2010 2,027 Euro; und der aktuelle Stand: 2,027 Euro. Jetzt erklären Sie mir bitte mal, wo da zwischen 2010 und 2013 die Tarifsenkung ist?

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den
PIRATEN –

Martina Michels (LINKE): Das waren die
Fakten, Herr Schneider!]

Vizepräsident Andreas Gram:

Herr Kollege Schneider! Sie wollen nicht mehr replizieren? – Gut, dann darf ich die Kollegin Dr. Schmidt für die Fraktion Die Linke aufrufen. – Sie haben das Wort!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE):

Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man nicht so viel Fakten aufzuweisen hat, bleibt es bei Polemik.

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Es war auch kein Wunder, dass die Koalition bei dieser Aktuellen Stunde den vorläufigen Jahresabschluss 2012 zum Gegenstand macht. Wenn man schon keine anderen tatsächlichen Erfolge hat, dann nimmt man das daher, um sich feiern zu lassen in dieser Stadt. Die Absicht ist ganz schnell erkennbar. Wenn schon der Rest nicht funktioniert, dann feiert man sich für eine schwarze Null und positive Zahlen, und man feiert sich dafür, dass das Land Berlin im vergangenen Jahr keine neuen Schulden gemacht hat.

Nicht, dass ich falsch verstanden werde, nein! Auch wenn der Abbau des Schuldenstandes nur sehr gering ist, ist ja per se gar nichts Schlimmes. Aber es ist eben auch kein Wert an sich. Finanzpolitik ist eben kein Politikbereich im luftleeren Raum, sondern muss gemessen werden an den Auswirkungen, die sie auf die Entwicklung der Stadt als Ganzes hat. Das Ergebnis des Jahresabschlusses 2012, die schwarze Null des Finanzsenators, muss daher auch gemessen werden an den Umständen, unter denen sie zustande gekommen ist, und an den Wirkungen, die sie mittel- und langfristig hat.

Wie nun ergibt sich der wundersame Jahresüberschuss? – Die Steigerung bei den bereinigten Einnahmen zu den Ansätzen des Nachtragshaushalts kommen nur zu einem geringen Teil aus kräftiger sprudelnden Steuereinnahmen, nämlich nur 56 Millionen Euro.

Vizepräsident Andreas Gram:

Frau Kollegin! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kohlmeier?

Dr. Manuela Schmidt (LINKE):

Gerne! Wenn das schon reicht für Zwischenfragen.

Vizepräsident Andreas Gram:

Bitte, Herr Kollege Kohlmeier!

Sven Kohlmeier (SPD):

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Schmidt! Das reicht insofern, als dass Sie von solider Finanzpolitik sprachen und uns vorwarfen, dass wir uns deshalb feiern würden.